

BDP ist nur für eine Fremdsprache

Eine Mehrheit der BDP-Fraktion hält an ihrer Forderung nach einer Reduktion der Frühfremdsprachen fest. Das schreibt die BDP in einer Medienmitteilung.

Chur. – An ihrer ausserordentlichen Fraktionssitzung zur kurz bevorstehenden Weiterberatung des Schulgesetzes hat die BDP-Fraktion mehrheitlich entschieden, an ihrer Forderung nach einer Reduktion der Frühfremdsprachen festzuhalten. In der Eintretensdebatte habe die BDP-Fraktion von der Regierung unter anderem Informationen über den Stand der Umsetzung sowie eine Erfolgskontrolle des heutigen Sprachenkonzepts verlangt, wie die BDP in der Mitteilung schreibt.

Vorschlag der KBK nicht zielführend

Zwischenzeitlich habe sich die Bildungskommission (KBK) des Grossen Rates mit den Antworten der Regierung auf die von der BDP gestellten Fragen und mit dem konkreten Antrag zu Artikel 30 befasst. Die KBK werde der Regierung beantragen, das Anliegen der BDP in die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren einzubringen. Dazu hält die BDP fest: «Aus Sicht der Fraktionsmehrheit ist dieses Vorgehen nicht zielführend, da damit wertvolle Zeit verloren geht.» Die Mehrheit der Fraktion werde darum die von Ratsmitgliedern zu Artikel 30 und Artikel 31 eingereichten Anträge unterstützen, wie die BDP weiter schreibt. Somit würde auf der Primarstufe künftig nur noch eine Fremdsprache unterrichtet. Eine zweite Fremdsprache soll erst auf der Oberstufe beginnen. (so)

Davos liebäugelt mit einer Zweitwohnungssteuer

Die Davoser Exekutive wartet gespannt auf das Gerichtsurteil zur Zweitwohnungssteuer in Silvaplana. Das hat seinen Grund, denn Davos prüft im Stillen ebenfalls die Einführung einer solchen Abgabe. Konkret ist allerdings noch gar nichts.

Von Béla Zier

Davos. – Als erste Gemeinde schweizweit hat Silvaplana 2010 die Einführung einer Zweitwohnungssteuer beschlossen. Damit wird jährlich auf den Wert von unvermieteten neuen oder bestehenden Zweitwohnungen eine Abgabe von zwei Promille erhoben. Zwar hat die Bündner Regierung die Zweitwohnungssteuer genehmigt, aber dagegen ist beim Verwaltungsgericht Graubünden Beschwerde eingereicht worden. Es ist davon auszugehen, dass schlussendlich das Bundesgericht darüber entscheiden muss, ob die Zweitwohnungssteuer in Silvaplana rechtens ist.

Dass das Modell der Oberengadiner Ortschaft auch in anderen Tourismusgemeinden Schule machen könnte, war absehbar. Die Davoser Exekutive verfolgt den Fall Silvaplana jedenfalls sehr aufmerksam, denn die Gemeinde spielt mit dem Gedanken, ebenfalls eine Zweitwohnungssteuer einzuführen. Dass eine solche Abgabe geprüft wird, bestätigte der Davoser Landam-



Attraktive Steuer: Die Davoser Exekutive beschafft sich derzeit Grundlagen für die Zweitwohnungssteuer. Bild Martin Rüttschi/Keystone

mann Hans Peter Michel gegenüber der «Südostschweiz am Sonntag».

Silvaplana als «Winkelried»

Man habe das Modell von Silvaplana analysiert. Dieses habe seine Stärken und Schwächen, man werde es aber «sicher nicht» 1:1 übernehmen, meinte Michel. Ihm schwebt unter anderem die Variante einer abgestuften Zweitwohnungssteuer vor, deren Ansatz darauf basiert, wie viele Tage pro Jahr eine Zweitwohnung genutzt wird. Konkret sei allerdings noch

überhaupt nichts. «Wenn man der Meinung ist, man habe das Ei des Kolumbus gefunden, dann kann man das weiter vorantreiben.» Zunächst müsse abgewartet werden, wie das Bündner Verwaltungsgericht oder allenfalls das Bundesgericht im Fall Silvaplana urteile. «Es kommt nicht infrage, dass man dem Stimmvolk eine Vorlage präsentiert, bevor nicht Rechtssicherheit besteht. Silvaplana fechtet das aus und übernimmt die Rolle des Winkelrieds», so Michel.

Die Davoser Zweitwohnungsbesit-

zer sollen durch die Steuer nicht abgestraft werden, sondern sich damit «angemessen an den Infrastrukturkosten beteiligen», hält Michel weiter fest. Einen Aufschluss darüber, in welchem finanziellen Ausmass die Zweitwohnungsbesitzer den Infrastrukturaufwand tatsächlich nicht decken, soll eine Studie liefern, deren Resultate Ende des Jahres erwartet werden.

Beim Verein der Davoser Zweitwohnungsbesitzer blickt man einer Zweitwohnungssteuer natürlich äusserst skeptisch entgegen. Der Vereinsvizepräsident Jürg Pfenninger hielt auf Anfrage fest: «Wir sind grundsätzlich nicht erfreut über jegliche neue Steuer.» Jetzt sei aber nicht der richtige Zeitpunkt für Diskussionen, weil die dafür nötigen Grundlagen, welche man sich von der Studie verspreche, noch nicht vorliegen würden.

Kein Ersatz für Liegenschaftssteuer

Eine allfällige Zweitwohnungssteuer sei nicht als Ersatz für die Liegenschaftssteuer gedacht, welche per 2014 in Davos eingeführt werden soll, erklärte Michel. Ob diese zwei neuen Abgaben tatsächlich dem Souverän zur Abstimmung vorgelegt werden, müsse der neu zusammengesetzte Kleine Landrat in der nächsten Legislaturperiode entscheiden. Um Zeit zu sparen, beschaffe man jetzt die Grundlagen für die Zweitwohnungssteuer, führte Michel aus.

ANZEIGE

Die Schweiz schaltet um auf HD-Qualität. Mit Swisscom TV.

Digitales Fernsehen ab 14.–/Monat.*



Mit Swisscom TV sehen Sie jetzt SF 1, SF zwei, TSR1, TSR2, RSI LA 1 und RSI LA 2 in gestochen scharfer HD-Qualität. Infos in Ihrem Swisscom Shop und auf swisscom.ch/tv



swisscom

4 Monate gratis.*

* Z.B. bei Neuabschluss Swisscom TV start (CHF 14.–/Mt., zzgl. Urheberrechtsgebühren von CHF 2.35/Mt.), Mindestbezugsdauer 12 Monate. Swisscom TV setzt einen Festnetzanschluss (z.B. EconomyLINE CHF 25.35/Mt.) und einen Internetzugang (z.B. DSL start CHF 0.–/Mt.) von Swisscom voraus. Der Empfang von HD-Programmen ist abhängig von der Leistungsfähigkeit Ihres Anschlusses. Prüfen Sie diese auf swisscom.ch/checker